

Banken

Für den offenen Arbeitsmarkt

Die Schweizerische Bankiervereinigung macht sich für den offenen Arbeitsmarkt und gegen die Abschottung stark. Damit die Banken wettbewerbsfähig bleiben und weiter wachsen können, sind sie auf den freien Marktzugang angewiesen, betonte Präsident Patrick Odier am Bankiertag vor den Medien. Zudem warnte er vor Überregulierungen und einem «Swiss Finish». **René Pfister**

Der freie Zugang zu Arbeitskräften und den Märkten sowie Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit standen im Zentrum der Medienkonferenz der Schweizerischen Bankiervereinigung (SBVg) in Zürich. Präsident Patrick Odier stellte dabei klar, dass der Schweizer Finanzplatz nur wettbewerbsfähig bleibe und die Arbeitsplätze erhalten könne, wenn auch künftig Wachstum möglich sei. Die Banken müssten ihre ausländischen Kunden deshalb weiterhin grenzüberschreitend bedienen können. Odier bekräftigte insbesondere die Bedeutung der Kundschaft aus der EU, deren Anteil an den insgesamt verwalteten Vermögen in der Schweiz 35 bis 40 Prozent ausmacht.

Odier kritisierte in diesem Zusammenhang die feststellbaren protektionistischen Tendenzen und neue Regulierungen in der EU und appellierte an die Politik, alles für einen möglichst freien Marktzugang der Schweizer Banken zu tun. Weil das angestrebte Dienstleistungsabkommen mit der EU aus bekannten politischen Gründen derzeit nicht möglich sei, müsse der Bundesrat nun rasch bilaterale Abkommen mit wichtigen Ländern anstreben, um den grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehr zu sichern. Das gelte etwa für Märkte wie Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien.

Auf Ausländer angewiesen

Claude-Alain Margelisch, Geschäftsführer der SBVg, warnte vor den möglichen Konsequenzen der Masseneinwanderungs-Initiative für die Finanzinstitute – und hielt fest, dass diese auch künftig auf Personal aus dem Ausland angewiesen seien. Derzeit stammen laut Margelisch rund 28 000 Mitarbeitende der Banken in der Schweiz aus dem Ausland, was 28 Prozent aller Angestellten



Warnt vor Überregulierung:
Patrick Odier, Präsident der Bankiervereinigung.

entspricht. Offene Arbeitsmärkte seien für die Banken zentral, erklärte er und wies darauf hin, dass der künftige Personalbedarf nicht allein mit Fördermassnahmen im Inland (etwa für Frauen oder ältere Arbeitnehmende) gedeckt werden könne.

Mit Blick auf die Masseneinwanderungs-Initiative machte Margelisch klar, dass die SBVg die vom Bundesrat angekündigte strikte Umsetzung ebenso ablehnt wie andere Wirtschaftsverbände. Hier gelte es eine Lösung zu finden, welche die Interessen der Wirtschaft im Sinne der Wettbewerbsfähigkeit berücksichtige. Der Bundesrat müsse die bestehenden Spielräume ausnutzen – und zum Beispiel auf die Kontingentierung von Grenzgängern und Kurzaufenthalten verzichten. Eine zu enge Lösung wäre, so Margelisch, gerade für eine derart global ausgerichtete Branche wie die Banken fatal.

Zum Thema Regulierungen erklärte Patrick Odier ausserdem, dass die Banken durchaus bereit seien, anerkannte Regeln zu übernehmen. Die SBVg wehre sich aber gegen alles, was über globale Standards hinausgehe – und zwar auch mit Blick auf Regulierungen im Inland. «Ja zur Äquivalenz – nein zu einem systematischen Swiss Finish», fasste Odier die Position zusammen.

Kritik am Fidleg

Er kritisierte namentlich, dass das geplante Finanzdienstleistungsgesetz (Fidleg) in vielen Punkten (wie der Verankerung der Weissgeld-Strategie) viel zu weit gehe. Auch die Einführung von neuen Straftatbeständen oder zivilrechtlichen Ansprüchen gegenüber den Banken sei völlig verfehlt: «Solche Massnahmen sind durch kein Äquivalenzkriterium gerechtfertigt und entsprechen keinem internationalen Standard», meinte der Präsident und wies darauf hin, dass der Anlegerschutz in der Schweiz bereits stark verbessert worden sei.

Schliesslich stellte Odier klar, dass sich die Banken künftig verstärkt in den politischen Prozess und den Gesetzgebungsprozess einbringen wollen. Dies auch deshalb, weil die Branche mit immer neuen Regulierungswünschen konfrontiert wird, auf die es rechtzeitig zu reagieren gilt. Die Bankiervereinigung schlägt deshalb unter anderem vor, die vom Bundesrat eingesetzte Expertengruppe zum Finanzplatz von Professor Aymo Brunetti fest zu institutionalisieren. Ausserdem schärfte sie am Bankiertag ihr eigenes Profil und verstärkte den Verwaltungsrat mit fünf neuen Mitgliedern, darunter die beiden Grossbanken-Vertreter Axel Weber (VR-Präsident UBS) und Urs Rohner (VR-Präsident CS). ■